

## Die neuerliche Betrauung Dr. Wekerles.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Budapest, 30. April.

Handelsminister Josef Szieregyi suchte gestern nacht gleich nach seiner Ankunft Dr. Wekerle im Ministerpräsidium auf und überbrachte ihm im Auftrage des Monarchen die neuerliche Betrauung mit der Kabinettsbildung. Dr. Wekerle setzt von heute an seine Besprechungen bereits als designierter Ministerpräsident fort. Da sich das neue Kabinett auf die Achtundvierziger Verfassungspartei stützen will, muß eine Lösung gesucht werden, die auch die Genehmigung dieser Partei findet. Der designierte Ministerpräsident muß die Vermittlung zwischen dem Grafen Tisza und den führenden Politikern der Achtundvierziger Verfassungspartei übernehmen.

In parlamentarischen Kreisen verlautet, daß ein Vorschlag ausgetaucht sei, nach welchem in § 2 die Wahlberechtigung an den Hauptrechtstitel der Absolvierung von vier Klassen geknüpft werden soll, jedoch nur diejenigen wahlberechtigt sein sollen, die außer diesem Hauptwahlrechtstitel noch einen der in diesem Paragraph aufgezählten Nebenrechtstitel, wie 10 Kronen direkte Steuerleistung, Inhaberschaft des Karl-Truppen-Kreuzes, Arbeitsnachweis, Militärdienstleistung, zu entsprechen vermögen. Auch diejenigen, die vier Volksschulklassen absolviert haben und des Lesens und des Schreibens in ungarischer Sprache kundig sind, sollen das Wahlrecht erhalten. Wer des Lesens und Schreibens in ungarischer Sprache nicht kundig ist, soll nur wahlberechtigt sein, wenn er sechs Volksschulklassen absolviert hat. Für die industriellen Arbeiter sollen diese Einschränkungen nicht gelten. In der Frage der Wahlberechtigung der Inhaber des Karl-Truppen-Kreuzes liegt der Kompromißvorschlag vor, daß die Inhaber dieser Auszeichnung unter 24 Jahren nur dann wahlberechtigt sein sollen, wenn sie auch einem der in § 2 angeführten Nebenrechtstitel entsprechen.

Die Annahme dieser Vorschläge würde 600.000 Männer, die nach der Vazsonyischen Vorlage wahlberechtigt sind, vom Wahlrecht ausschließen. Die Verhandlungen bewegen sich in der Richtung, inwiefern durch die Schaffung neuer Rechtstitel ein Teil dieser 600.000 Wähler zum Wahlrecht gelangen könnte. Es sollen Analphabeten, die über einen gewissen Grundbesitz verfügen oder eine gewisse Steuer zahlen, gleichfalls wahlberechtigt werden. Die Vazsonyische Vorlage schließt die Analphabeten von der Wahlberechtigung aus und beläßt nur denjenigen von ihnen, die schon bisher wahlberechtigt sind, das Stimmrecht. Durch diese neuen Wahlrechtstitel dürften etwa 200.000 bis 250.000 neue Wähler in die Wählerliste gelangen, so daß die zahlenmäßige Differenz zwischen der Vazsonyischen Vorlage und der gegenwärtig in Beratung stehenden Kompromißgrundlage 350.000 bis 400.000 Stimmen betragen dürfte.

Sobald die Verhandlungen zum Abschlusse gelangt sein werden, wird Dr. Wekerle dem Monarchen Bericht erstatten.